

## 1 Einleitung

### 1.1 Otto Braun und Konrad Adenauer: Zwei Biographien ohne Bezugspunkte?

Am 7. Februar 1933 übermittelte der Ministerialdirektor im Preußischen Staatsministerium Arno Brecht im Auftrage des Preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun dem Präsidenten des Preußischen Staatsrats Konrad Adenauer die Anfrage, ob dieser für den Staatsrat der Klage des Staatsministeriums gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Februar 1933 beitreten würde. In Vollzug dieser in der historischen Einordnung als „zweiter Preußenschlag“ bezeichneten Verordnung war die preußische Regierung nur eine Woche nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten endgültig und vollständig entmachtet worden. Adenauer lehnte dieses Ersuchen ab und begründete seine Entscheidung damit, „...daß das Ministerium Braun sich in seiner ganzen Amtszeit gegenüber dem Staatsrat doch so unfreundlich benommen hat, daß ich es nicht für angebracht halte, als Präsident des Staatsrats ihm besondere Hilfestellung zu leisten“<sup>1</sup>. In einer Situation höchster Bedrängnis begab Braun sich nur einen knappen Monat später ins schweizerische Exil und begegnete Adenauer erst im Jahre 1950 in Berlin anlässlich der Einweihung der Freiheitsglocke im Schöneberger Rathaus wieder. „Er ist nicht sympathischer geworden“, urteilte er nach dieser Begegnung mit Adenauer lakonisch<sup>2</sup>.

Diese beiden Aussagen werfen ein bezeichnendes Licht auf die auf das Äußerste belasteten persönlichen und politischen Beziehungen zwischen Braun und Adenauer,

---

<sup>1</sup> Aus einer Aktennotiz Adenauers vom 8.2.1933, in: Historisches Archiv der Stadt Köln (HASTK), Bestand 902: Adenauer, Konrad 1917-1933, bearb. von Iris Kausemann, Stand: 7.1.2016, HASTK 902/42/2, S. 319. Vgl. auch die Kommentierungen hierzu bei Konrad(in) Adenauer jr., Konrad Adenauer als Präsident des Preußischen Staatsrats, in: Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln. Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag ihres Ehrenbürgers am 5. Januar 1976. Hrsg. von Hugo Stehkämper, Stadt Köln Historisches Archiv 1976, S. 398; Hans-Dieter Bayer, Der Staatsrat des Freistaats Preußen, Berlin 1992, S. 134; Gordon A. Craig, Preußentum und Demokratie: Otto Braun und Konrad Adenauer, in: Zum Nachdenken: Hrsg. von Herbert Lilge, Jg. 1986, Neue Folge Nr. 6, Stuttgart 1986, S. 27; Peter Koch, Konrad Adenauer. Eine politische Biographie, Reinbek b. Hamburg 1985, S. 97; Henning Köhler, Adenauer. Eine politische Biographie, Frankfurt am Main-Berlin 1994, S. 276; Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt/M-Berlin-Wien 1977, S. 396 u. 781. Zum dargestellten Sachverhalt siehe im Einzelnen Kap. 3.3.3.

<sup>2</sup> Braun in einem Brief an Fanny Fleiner vom 19.11.1950, in: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (GStAPK), Nachlass Braun C/1/63, zit. n. Schulze, Otto Braun, S. 843 mit Verweis auf Fn. 304, S. 1025.

die zwischen 1920 und 1933 nahezu zeitgleich zwei der wichtigsten Staatsämter im Freistaat Preußen der Weimarer Republik bekleideten: der Sozialdemokrat Otto Braun, der - mit zwei kurzen Unterbrechungen - von 1920 bis 1933 als preußischer Ministerpräsident amtierte und der Zentrumspolitiker und langjährige Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, der von 1921 bis 1933 zugleich Präsident des Preußischen Staatsrats war. Kraft ihrer herausragenden und durch die preußische Landesverfassung auf das Engste miteinander verwobenen Staatsämter wären Braun und Adenauer schon „von Amts wegen“ zu einer engen und, wenn schon nicht vertrauensvollen, so doch zumindest sachlich-konstruktiven Zusammenarbeit zum Wohle des Freistaats Preußen und darüber hinaus - angesichts des besonderen Gewichts Preußens innerhalb des Reiches - mittelbar auch zu dessen Wohl verpflichtet gewesen. Stattdessen begegneten beide sich in ihren Ämtern in allen wesentlichen politischen Fragen mit unverhülltem gegenseitigen Mißtrauen, welches noch von einem hohen Maß persönlicher Abneigung überlagert war, wodurch sie sich in ihrem politischen Wirken immer wieder wechselseitig und zum Nachteil einer nachhaltig stabilen Entwicklung des demokratisch-republikanischen Preußen blockierten. Darüber kann auch nicht der im amtlichen Schriftverkehr übliche Austausch floskelhafter Höflichkeiten hinwegtäuschen, den Adenauer jr. etwas realitätsfremd als Ausdruck gegenseitiger Wertschätzung interpretiert, wenn er feststellt, dass Braun „...ihn (i.e. Adenauer) trotz vieler Gegensätze stets mit größter Hochachtung behandelte, jedenfalls im Briefverkehr...“<sup>3</sup> Als weitaus zutreffender ist deshalb die Einschätzung von Stump anzusehen, der schreibt: „Das Verhältnis... scheint wohl nicht frei von Spannungen geblieben zu sein“, und auch Möller urteilt: „Die Art, in der sie sich später erwähnten bzw. nicht erwähnten, legt die Vermutung nahe, dass sie füreinander keine große Sympathie hegten“<sup>4</sup>.

Für das offenkundige Nicht-Verhältnis Brauns und Adenauers ist es deshalb bezeichnend, dass beide sich in ihren literarischen Selbstzeugnissen wechselseitig ignorieren, gerade so, als könnten sie sich einander nicht erinnern<sup>5</sup>, auf jeden Fall aber mit

<sup>3</sup> Adenauer jr., Konrad Adenauer, S. 378. Vgl. hierzu auch Bayer, Staatsrat, S. 131-134; Klaas Michel, Der Staatsrat als Vertretungsorgan der Provinzen? Neuried 1998, S. 322 u.330.

<sup>4</sup> Horst Möller, Parlamentarismus in Preußen 1919-1932, Düsseldorf 1985, S. 509; Wolfgang Stump, Konrad Adenauers Beziehungen zur Zentrumspartei, in: Adenauer-Festgabe, S. 438.

<sup>5</sup> Vgl. hierzu „idealtypisch“ Otto Braun, Von Weimar zu Hitler, Hamburg 1949 und Paul Weymar, Konrad Adenauer. Die autorisierte Biographie, München 1955.

der Konsequenz, dass beide die ihrem Handeln zu Grunde liegenden ereignisgeschichtlichen Entwicklungen ausschließlich aus ihrer jeweils eigenen Perspektive und damit zwangsläufig einseitig darstellen und bewerten - und dadurch den Eindruck vermitteln, als handele es sich bei ihrer beiden Lebenswege um zwei Biographien ohne Bezugspunkte<sup>6</sup>. Auch die politischen Biographien und Monographien der Forschungsliteratur über Braun und Adenauer konzentrieren sich durchweg auf die Darstellung, Analyse, historische Einordnung und Bewertung der Handlungsweisen und der diesen zu Grunde liegenden Motivationen entweder nur des einen oder des anderen Akteurs auf der politischen Bühne des demokratisch-republikanischen Preußen der Weimarer Republik, wodurch sich dieser Eindruck verstärkt<sup>7</sup>. Besonders auffällig ist in diesem Zusammenhang die Beobachtung, dass Adenauers Wirken als Präsident des Preußischen Staatsrats in der einschlägigen Literatur - mit der bemerkenswerten Ausnahme eines äußerst detail- und kenntnisreichen Aufsatzes seines Sohnes Konrad(in) Adenauer jr. - allenfalls am Rande beleuchtet wird, obgleich sein Verständnis von der Rolle und Bedeutung dieser Verfassungsinstitution ausschlaggebend für sein konfliktbeladenes Verhältnis zu Braun war<sup>8</sup>.

Vor diesem Hintergrund stellt es eine besondere Herausforderung dar, das politische Wirken Brauns und Adenauers im Freistaat Preußen der Weimarer Republik im Rahmen eines doppelbiographischen Ansatzes analytisch miteinander zu verbinden, weil die vergleichende Betrachtung von Lebenswegen und deren Verknüpfung Er-

---

<sup>6</sup> So auch beispielhaft die analoge Fragestellung in Bezug auf Otto Braun und Ernst Reuter bei Michael C. Biernert, Reformpolitik und Dienst an der Gemeinde, in: Manfred Görtemaker (Hrsg.), Otto Braun. Ein preußischer Demokrat, Berlin-Brandenburg 2014, S. 59-61.

<sup>7</sup> Vgl. aus der umfangreichen Literatur hierzu beispielhaft Karl Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1966; Koch, Adenauer-Biographie; Eric Dave Kohler, Otto Braun, Prussia and Democracy, Stanford University 1971; Henning Köhler, Adenauer und die rheinische Republik. Der erste Anlauf 1918-1924, Opladen 1986; Erich Kuttner, Otto Braun, Leipzig 1932; Terence Prittie, Konrad Adenauer. Vier Epochen deutscher Geschichte. Stuttgart/Frankfurt 1971; Schulze, Otto Braun; Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg 1876-1952, Stuttgart 1986; Weymar, Konrad Adenauer.

<sup>8</sup> Vgl. hierzu Adenauer jr., Konrad Adenauer, und im Einzelnen Kap. 3.3.1. Geradezu exemplarisch für das ‚Ausbleiben‘ des politischen Wirkens Adenauers als Präsident des Preußischen Staatsrats ist das Vorwort in der Adenauer-Festgabe, in der Herausgeber Hugo Stehkämper das Ziel der Adenauer-Forschung ‚für immer‘ auf den Vergleich zwischen der Oberbürgermeister- und der Kanzlerwirksamkeit reduziert. Vgl. Hugo Stehkämper, Vorwort, in: Adenauer-Festgabe, S. 7f.

kenntnismöglichkeiten eröffnen kann, die bei der Ausrichtung auf jeweils nur eine Person der (gleichen) Zeitgeschichte womöglich ausgeblendet blieben<sup>9</sup>. In einem auffälligen Gegensatz zur vorherrschenden Tendenz in der Forschungsliteratur, Braun und Adenauer weitgehend isoliert voneinander zu betrachten und monographisch zu würdigen, hat Gordon A. Craig in seinem Buch „Das Ende Preußens - acht Porträts“ aus dem Jahre 1985<sup>10</sup> erstmals den Versuch unternommen, das Denken, Handeln und Wirken Brauns und Adenauers als den beiden wichtigsten politischen Repräsentanten des demokratisch-republikanischen Preußen „in einem gewissermaßen episodischen Ansatz“<sup>11</sup> spiegelbildlich zueinander in Beziehung zu setzen und damit zugleich in den Kontext des sich über nahezu eineinhalb Jahrhunderte hinweg erstreckenden Prozess des „langen Sterbens“<sup>12</sup> Preußens historisch einzuordnen. Hierfür wählt Craig den ebenso unkonventionellen wie reizvollen Weg, „das Geschehen aus dem Blickwinkel einiger ausgewählter Einzelpersonen und ihrer Handlungen zu beschreiben, Personen, die vier abgegrenzte Perioden der preußischen Geschichte repräsentieren“<sup>13</sup>. Indem Craig für die Epoche der Weimarer Republik, die den endgültigen Untergang Preußens einleitete, exemplarisch Braun und Adenauer auswählt und deren politisches Wirken bewusst in den Kontext von ‚Preußentum und Demokratie‘ rückt, stellt er zugleich einen kausalen Zusammenhang zwischen der massiven Infragestellung des Fortbestands der staatlichen Existenz Preußens als dem größten Teilstaat des Deutschen Reiches und dem politischen Kampf gegen Preußen als Vorreiter der deutschen Demokratieentwicklung in der Zeit der Weimarer Republik her<sup>14</sup>. Zugleich wirft Craig in seinem Essay die hypothetische Frage auf, welchen ganz anderen Verlauf die preußische und die deutsche Geschichte hätte nehmen können, „wenn dies beiden … Persönlichkeiten ihre persönliche Animosität zu überwinden vermocht und ihre Talente

---

<sup>9</sup> Vgl. Hannes Schweiger, Die soziale Konstituierung von Lebensgeschichten. Überlegungen zur Kollektivbiographie, in: Die Biographie. Zur Grundlegung ihrer Theorie. Hrsg. von Bernhard Fetz unter Mitarbeit von Hannes Schweiger, Berlin, New York 2009, S. 332.

<sup>10</sup> Gordon A. Craig, Das Ende Preussens. Acht Porträts, München 1985.

<sup>11</sup> Craig, Preußentum und Demokratie, S. 4

<sup>12</sup> Sebastian Haffner, Preußen ohne Legende, Herrsching 1978, S. 336.

<sup>13</sup> Craig, Preußentum und Demokratie, S. 2, zitiert aus dem Editorial des Herausgebers Herbert Ilge.

<sup>14</sup> Dies erschließt sich insbesondere daraus, dass Craig in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen die Rheinlandpolitik Adenauers (I.) und den preußischen Verfassungskonflikt (II.) stellt und beide Ereignisse mit seinen abschließenden Ausführungen zum ‚Preußenschlag‘ vom 20. Juli 1932 (III.) miteinander verbindet.

zu einem vereinten Bemühen kombiniert hätten, die Weimarer Republik von der Basi-  
tion einer *starken preußischen Demokratie* aus zu retten“<sup>15</sup>. Die vom Autor in diesem Zu-  
sammenhang aufgestellte These, dass Adenauer der zuverlässigste Bündnisgenosse ge-  
wesen wäre, den Braun dafür gewinnen können, weil er „der führende Kopf jener  
Gruppierung innerhalb der Zentrumspartei (war), die ... eine enge Zusammenarbeit  
mit der Sozialdemokratie für notwendig hielt“, soll im Rahmen der vorliegenden Arbeit  
im Spiegel der Ereignisgeschichte allerdings kritisch hinterfragt werden<sup>16</sup>.

Gleichwohl ist der doppelbiographische Ansatz Craigs insofern bemerkenswert, als  
er zutreffend die nach der Implosion der preußisch-hohenzollernschen Monarchie im  
November 1918 unvermittelt in den Vordergrund gerückte Frage „Was soll aus Preußen  
(in der Republik) werden?“ nicht auf den Aspekt preußischer „Besitzstandswahrung“ redu-  
ziert, sondern in ihrer *Zweidimensionalität* thematisiert und zugleich durch die Auswahl  
seiner Protagonisten „personalisiert“: einerseits die Frage nach der *territorialen Integrität*  
des Freistaats Preußen innerhalb des republikanisierten Reiches und zum anderen die  
Frage nach dem „richtigen Weg“ Preußens (und des Reichs) in die *Demokratisierung und  
Parlamentarisierung* der Gesellschaft. Diese im Ansatz überzeugende, von Craig aber nur  
kurz angerissene Annäherung an die preußisch-deutsche (Demokratie-)Geschichte in  
der Zeit der Weimarer Republik soll deshalb hier unter Rückgriff auf die relevante  
Quellenlage, die einschlägige Forschungsliteratur sowie die literarischen Selbstzeug-  
nisse Brauns und Adenauers methodisch in der Weise aufgegriffen und vertieft werden,  
dass in den nachfolgenden Kapiteln die aufgeworfenen Fragen aus der jeweiligen Per-  
spektive dieser beiden herausragenden Persönlichkeiten der Weimarer Zeitgeschichte  
dargestellt, miteinander verknüpft, auf die Parallelen und Differenzen ihres Handelns  
hin analysiert und einer vergleichenden kritischen Bewertung unterzogen werden.

Als maßgebliche Repräsentanten des „neuen Preußen“ personifizieren Braun und  
Adenauer auf ganz unterschiedliche Weise diese zweidimensionale, sich immer wieder  
auch wechselseitig bedingende Auseinandersetzung, die letztendlich in die *endgültige und  
unwiderrufliche* staatsrechtliche Auflösung Preußens und in das *vorläufige* Scheitern der

---

<sup>15</sup> Craig, Preußentum und Demokratie, S. 17. Die hier und im gesamten weiteren Text einschließlich der Fußnoten vorgenommenen *Hervorhebungen* durch Kursivschrift bzw. durch einfache Anführungszeichen sind durchgängig und ausschließlich solche des Verfassers der Arbeit.

<sup>16</sup> Craig, ebda. Zur Kritik dieser These Craigs siehe Kap.5.

Demokratieentwicklung in Deutschland geführt haben. Das politische Denken, Handeln und Wirken Brauns und Adenauers im Ringen um den ‚richtigen Weg‘ in ein ‚neues Deutschland‘ nach dem Untergang der Monarchie weist nur wenige Gemeinsamkeiten auf. Vielmehr ist es durch tiefgreifende Gegensätze und Widersprüche geprägt, die im Kern bereits in ihren extrem unterschiedlichen sozialen Prägungen angelegt waren, die deshalb einleitend beleuchtet werden sollen. Eingebettet in eine grundlegende Betrachtung der historischen Tiefendimension der preußisch-deutschen Frage bilden anschließend zwei für das Spannungsverhältnis beider Protagonisten wesentliche Ereignisstränge den Hauptgegenstand der vorliegenden Arbeit, die am Beispiel entscheidender Konfliktsituationen von ihren Ursprüngen bis zu ihren in die heutige Zeit reichenden Wirkungen nachgezeichnet und in ihrer wechselseitigen Bedingtheit bewertet werden sollen: der Kampf um die *territoriale Integrität* Preußens, der die Weimarer Republik im Zeichen der Rheinlandpolitik und der Reichsreformdiskussion als systemischer Grund- und Dauerkonflikt begleitet hat, und die damit in einem unauflöslichen Zusammenhang stehende Auseinandersetzung um den vermeintlich spezifisch preußischen *Parlamentsabsolutismus*. Diese im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit stehenden Betrachtungen sollen anschließend noch ergänzt werden um die Darstellung und historische Einordnung der auffällig unterschiedlichen ‚Überlebensstrategien‘ Brauns und Adenauers während der Zeit der NS-Herrschaft, durch welche im Rückblick die Macht des einen und die Ohnmacht des anderen in der ‚zweiten Republik‘ nach 1945 bereits vorgezeichnet worden waren. Im abschließenden Fazit sollen die Rolle und Bedeutung Brauns und Adenauers im Freistaat Preußen der Weimarer Republik zusammenfassend unter dem Aspekt bewertet werden, welche Spuren beide aus dieser Zeit heraus in der deutschen Republik- und Demokratiegeschichte des 20. Jahrhunderts und in der deutschen Erinnerungskultur hinterlassen haben.

Ein ‚vorläufiger Befund‘ zur historischen Einordnung des politischen Denkens, Handelns und Wirkens Brauns und Adenauers im Freistaat Preußen der Weimarer Republik legt eine Reihe von Thesen und Schlussfolgerungen nahe, die im Fortgang der Untersuchung immer wieder kritisch darauf hin überprüft werden müssen, ob sie wissenschaftlich ‚belastbar‘ sind:

- der Erhalt des territorialen Bestandes Preußens nach dem Ersten Weltkrieg, der von der Konstituierung der Weimarer Republik bis zu deren Zerstörung immer

wieder in Frage gestellt wurde, hat sich als schwere Hypothek für die Schaffung eines neuen und stabilen Gleichgewichts im Staatsgefüge der Weimarer Republik erwiesen;

- der politische Kampf gegen ein seit 1919 sozialdemokratisch dominiertes Preußen mit dem Ziel seiner Auflösung stellt eine Konstante bürgerlich-konservativer Politik vom Untergang der Monarchie bis zur Staatsgründungsphase der Bundesrepublik Deutschland dar;

- der konstitutionelle Konflikt zwischen dem Preußischen Staatsrat unter dessen Präsidenten Adenauer und dem Preußischen Staatsministerium unter Führung Brauns war - über die vordergründig rein verfassungsrechtlichen Begründungen hinaus - als Kampf gegen den sogenannten Parlamentsabsolutismus im Kern Ausdruck einer machtpolitischen Auseinandersetzung zwischen den bürgerlich-konservativen Kräften und dem linken Spektrum in Preußen (und im Reich) über den einzuschlagenden ‚richtigen Weg‘ in die ‚verspätete Moderne‘ im Sinne einer durchgreifenden Demokratisierung und Parlamentarisierung der deutschen Gesellschaft nach der Überwindung der monarchischen Ordnung;

- der staats- und verfassungsrechtliche ‚Kampf um Preußen‘ entwickelt sich dadurch in der Endphase der Weimarer Republik immer radikaler zu einem ‚Kampf gegen (das vermeintlich sozialdemokratische Bollwerk) Preußen‘ im Reich;

- mit der von Adenauer vehement befürworteten und bereitwillig um den Preis der Auflösung des historischen Preußen in Kauf genommenen Gründung Nordrhein-Westfalens durch die britische Besatzungsmacht erfüllt sich nach 1945 ohne sein eigenes Zutun sein früher Kampf für die Schaffung einer von Preußen losgelösten ‚Westdeutschen Republik‘, die aufgrund ihrer politisch-ökonomischen Dominanz nach preußischem Muster zum Ankerstaat der sich konstituierenden Bundesrepublik Deutschland wird;

- die von Adenauer als Präsident des Preußischen Staatsrats massiv in Frage gestellte, rein parlamentarisch-demokratisch legitimierte ‚Ministerpräsidenten-Demokratie‘ Brauns in Preußen wird ab 1948 zur ‚Blaupause‘ für die sich herausbildende ‚Kanzler-Demokratie‘ Adenauers;

- die im Spannungsfeld von Heroisierung und Vergessen extrem unterschiedliche Wahrnehmung und Würdigung der politischen Leistungen und persönlichen Schicksale Brauns und Adenauers in der deutschen Erinnerungskultur spiegelt auf

exemplarische Weise den Gegensatz zwischen bürgerlich-konservativem Machtselbstverständnis und sozialdemokratischem Gesellschaftsidealismus wider.

In einer Gesamtwürdigung ihres politischen Wirkens in der Zeit der Weimarer Republik ist es deshalb geboten, die Rolle und Bedeutung Brauns für die Entwicklung einer starken und stabilen parlamentarischen Demokratie in Deutschland auf angemessene Weise und deutlich sichtbarer als bisher zu verdeutlichen und umgekehrt Adenauers ambivalente Haltung zur Demokratieentwicklung und zur Durchsetzung des Parlamentarismus in der Zeit der Weimarer Republik, so wie sie sich in seiner Amtsführung als Präsident des Preußischen Staatsrats darstellt, im Sinne einer historisch korrekten Einordnung insoweit zu relativieren.

## 1.2 Die Sozialisation Otto Brauns und Konrad Adenauers im Kaiserreich als Determinanten ihres politischen Denkens, Handelns und Wirkens

In der Endphase des ‚Großen Krieges‘ von 1914 bis 1918 betraten mit Otto Braun und Konrad Adenauer zwei Akteure die politische Bühne Preußens und des Reichs, die nach ihrer Herkunft, ihrem bisherigen Werdegang und ihren dadurch Grund gelegten politischen, sozio-ökonomischen und kulturellen Prägungen sowie den daraus erwachsenen Überzeugungen unterschiedlicher nicht sein konnten, deren weitere politischen Lebenswege seitdem gleichwohl auf das Engste mit einander verbunden waren<sup>17</sup>.

*Otto Braun* wurde am 28. Januar 1872 als Sohn eines verarmten Schuhmachermeisters und dessen Frau in Königsberg geboren, der Hauptstadt der östlichsten preußischen Provinz<sup>18</sup>. Er war das zweite von später insgesamt acht Kindern seiner Eltern, deren für die damalige Zeit schichtenspezifischer Kinderreichtum als ein vermeintlicher Weg aus der Armut mit dem bürgerlich-dynastisch geprägten Kinderreichtum der wohlhabenden Bevölkerungskreise kontrastierte. Im Anschluss an den Besuch der Volksschule absolvierte Braun eine Ausbildung zum Stein- und Buchdrucker, die ihm

---

<sup>17</sup> Vgl. zu den folgenden Ausführungen Craig, Preußentum und Demokratie, S. 4f.; Schulze, Otto Braun, Kap. I. u. II.; Schwarz, Adenauer, S. 51-129 u. 133-174; Weymar, Konrad Adenauer, Erstes bis Fünftes Kapitel.

<sup>18</sup> Vgl. zu Brauns frühen Jahren Manfred Görtemaker, Zwischen Demokratie und Diktatur. Otto Braun in der Weimarer Republik, in: ders. (Hrsg.), Otto Braun. Ein preußischer Demokrat, Berlin-Brandenburg 2014, S. 11f.; Schulze, Otto Braun, S. 39-126, sowie zu Brauns ausführlicher Vita Leonie Kayser (Bearb.), Zeittafel, in: Görtemaker (Hrsg.), ebda., S. 185-197.

schon früh den Weg für seine Tätigkeit als Redakteur der Arbeiter-Wahlzeitung in Königsberg ebnete, aus der unter seiner maßgeblichen Mitwirkung später die ‚Volkstribüne‘ und in einem weiteren Entwicklungsschritt der ‚Ostpreußische Landbote‘ hervor gingen. Brauns erfolgreiche Arbeit als Redakteur begünstigte seinen schnellen Aufstieg in der sozialdemokratischen Partei, die nach Aufhebung der Bismarckschen Sozialistengesetze im Jahre 1890 zur wichtigsten politischen Vertretung der aufstrebenden Arbeiterbewegung aufgestiegen war und der er schon 1888 als damals 16-jähriger beigetreten war. In der frühen Phase seiner Parteizugehörigkeit profilierte sich Braun - wohl altersentsprechend - zunächst als Radikalsozialist, wodurch er schon bald in Konflikt mit der preußischen Obrigkeit geriet und zu mehreren kurzen Gefängnisstrafen verurteilt wurde, deren unverhüllt politische Motivierung in einer dialektischen Wendung seine 1902 erfolgte erstmalige Wahl zum Mitglied der Königsberger Stadtverordnetenversammlung aber eher begünstigt hat. Im Jahre 1904 wurde Braun der Unterstützung von Umsturzbewegungen im benachbarten Russland beschuldigt und wegen Hochverrats gegen den Zaren angeklagt, von dieser Anklage aber freigesprochen. 1913 erfolgte seine Wahl in das Preußische Abgeordnetenhaus, dessen Zusammensetzung zu dieser Zeit noch durch das Drei-Klassen-Wahlrecht bestimmt war.

Ungeachtet der politischen Verfolgungen in der Zeit der Sozialistengesetze und der auch nach deren Aufhebung unvermindert fort bestehenden Diskriminierung von Sozialdemokraten als ‚vaterlandslosen Gesellen‘<sup>19</sup> entwickelte Braun - und darin durchaus typisch für viele seiner damaligen Parteigenossen - eine tiefe innere Bindung an Preußen, die selbstredend nicht auf dessen bestehender reaktionären gesellschaftspolitischen Ordnung gründete. Vielmehr sahen Braun und seinesgleichen einerseits in dessen ‚aufgeklärter‘ friderizianischen Tradition, vor allem aber in dessen ‚modernen‘ staatlichen (Verwaltungs-)Strukturen und Mechanismen den Motor und Garanten für die Durchsetzung und Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie, getragen und gestützt von einer prosperierenden Wirtschaft innerhalb eines großräumigen Territoriums als unabdingbarer Voraussetzung für eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen breiter Bevölkerungsschichten in der herauf ziehenden Massengesell-

---

<sup>19</sup> Vgl. hierzu grundlegend Dieter Groh/Peter Brandt, „Vaterlandslose Gesellen“. Sozialdemokratie und Nation 1860-1990, München 1992.

schaft - und darüber hinaus mit Blick auf die künftigen gesellschaftspolitischen Entwicklungen und Kräfteverhältnisse auch als eine stabile politische Basis der Sozialdemokratie.

Parallel zu seinem Aufstieg als Kommunalpolitiker und Landtagsabgeordneter etablierte Braun sich auch zielstrebig in der Partei hierarchie der SPD. Im Jahre 1898 wurde er mit nur 26 Jahren zunächst Vorsitzender der Partei in Ostpreußen, was ihm den Weg in die Führung der Reichspartei ebnete. Dort war er seit 1905 Mitglied der Parteikontrollkommission, wurde 1911 zum Mitglied des Reichsvorstands gewählt und übernahm zugleich das Amt des Hauptkassierers. Als die SPD - nach ihrer vom nationalen Überschwang im August 1914 getragenen anfänglichen Bereitschaft zum gesellschaftspolitischen ‚Burgfrieden‘ - bei Ausbruch des ‚Großen Krieges‘ unter dem Eindruck des Kriegsverlaufs und der immer deutlicher hervor tretenden aggressiv-expansiven Kriegsziele der national-konservativen Kräfte hierüber zerfiel und sich in die radikalsozialistische USPD (Unabhängige Sozialdemokraten) und die realpolitische MSPD (Mehrheits-Sozialdemokraten) aufspaltete, wurde Braun, dessen Radikalsozialismus der jungen Jahre längst einem pragmatischen Politikverständnis gewichen war, zu einem führenden Vertreter der Mehrheits-Sozialdemokratie. In der revolutionären Umbruchphase zur Jahreswende 1918/19 gehörte er als Mitglied des Vollzugsrats zur ersten Exekutivgewalt, die sich im Deutschen Reich nach dem Zerfall der Monarchie unter den chaotischen Bedingungen des Regimes der Arbeiter- und Soldatenräte ‚volksdemokratisch‘ mit dem Ziel gebildet hatte, den politisch-ökonomischen und sozialen Kollaps des Reiches zu verhindern und zugleich die Weichen für den Übergang in eine parlamentarisch-demokratisch konstituierte Republik zu stellen.

Der am 5. Januar 1876 in Köln geborene *Konrad Adenauer* entstammte einer rheinisch-katholischen Beamtenfamilie<sup>20</sup>. Nach Schulausbildung und Banklehre studierte er Rechtswissenschaften an den Universitäten Freiburg, München und Bonn und schloss das Studium 1901 mit dem Assessorexamen ab. Nach kurzen beruflichen Stationen im Justizdienst und in einer Kölner Anwaltskanzlei wandte sich Adenauer schon

---

<sup>20</sup> Vgl. zu den folgenden Ausführungen die ausführliche Vita Adenauers bei Koch, Adenauer-Biographie, S. 509-526 sowie Köhler, Adenauer-Biographie, S. 23-51; Luise Recker, Konrad Adenauer. Leben und Politik, München 2010, S. 11-15 u. 103-106; Schwarz, Adenauer, S. 51-129; Weymar, Konrad Adenauer, S. 9-41.

ab 1903 der Kommunalpolitik in seiner Heimatstadt Köln zu, deren Stadtverordnetenversammlung ihn 1906 für die Zentrumspartei zum Beigeordneten wählte. Nach nur weiteren drei Jahren rückte er mit seiner Wahl zum Ersten Beigeordneten zugleich zum Ersten Stellvertreter des Oberbürgermeisters auf. Gut ein Jahr vor Kriegsende wählte ihn die Stadtverordnetenversammlung am 18. September 1917 für zwölf Jahre zum Bürgermeister der Stadt Köln. Mit der wenige Wochen danach erfolgten Verleihung des Titels ‚Oberbürgermeister‘ durch den Deutschen Kaiser in seiner Funktion als Preußischer König stieg Adenauer damit zum jüngsten Oberbürgermeister ganz Preußens in der größten und zugleich politisch-ökonomisch wie sozio-kulturell bedeutendsten Stadt der preußischen Westprovinzen auf<sup>21</sup>. Kraft dieses Amtes wurde Adenauer dann am 12. Februar 1918 ‚auf Lebenszeit‘ in das rein ständisch konstituierte Preußische Herrenhaus berufen, das zwar nach dem Untergang der Monarchie aufgelöst wurde, an dessen Tradition und Selbstverständnis aber der nur zwei Jahre später errichtete und von Adenauer präsidierte Staatsrat im parlamentarisch-demokratischen Freistaat Preußen anzuknüpfen versuchte<sup>22</sup>.

Der für die damalige Zeit beispiellose Aufstieg Adenauers wurde entscheidend durch die sozio-kulturelle Prägung seitens seines bildungsbürgerlichen, großstädtischen Elternhauses begünstigt, dessen Maximen der Leistungs- und Verantwortungsbereitschaft sich zugleich tief mit dem rheinischen Katholizismus und dessen römisch-antiken Traditionenverständnis verbanden. Adenauers uneingeschränktes und unerschütterliches Bekenntnis zum christlichen Fundamentalismus durchzieht sein gesamtes politisches Leben deshalb ebenso konsequent wie umgekehrt seine tief gründende Ablehnung der - in seinen Augen - ‚sozialistischen Religion‘ des Materialismus<sup>23</sup>. Zur

---

<sup>21</sup> Dass Adenauer anlässlich seiner Antrittsrede - wenngleich unter den Umständen der Zeit unvermeidlich - Kaiser und Reich den „von heißer Dankbarkeit durchglühten Schwur der Treue“ leistet, die „Stadt Köln“ zugleich und zutreffend als die untrennbar mit dem Deutschen Reich vereinigte Metropole des Rheinlands feiert, Preußen bei dieser Gelegenheit aber ungeteilt seines herausragenden preußischen Staatsamtes unerwähnt lässt, ist einerseits ein frühes und sicheres Indiz für seine Reichstreue, lässt zugleich aber auch seine dezidiert anti-preußische Haltung erkennen. Vgl. Schwarz, Adenauer, S. 173f.; Gertrud Wegener, Die Wahl Konrad Adenauers zum Oberbürgermeister von Köln im Jahre 1917, in: Adenauer-Festgabe, S. 79-98. Der Text der Rede ist abgedruckt bei Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Konrad Adenauer. Reden 1917-1967. Eine Auswahl, Stuttgart 1975, S. 23-25.

<sup>22</sup> Vgl. hierzu Kap. 3.3.1.

<sup>23</sup> Bereites Zeugnis hierfür sind seine Reden anlässlich der Eröffnung der Universität Köln 1919 und des Deutschen Katholikentages 1922, beide abgedruckt in: Konrad Adenauer. Reden 1917-1967, ebda., S. 38-41 u. 42-51.

politischen Heimat Adenauers wurde deshalb ‚natürlich‘ die katholische Zentrumspartei, der er schon früh beitrat<sup>24</sup> und deren politische Ausrichtung er sowohl in ‚Rheinpreußen‘ als auch auf Reichsebene bis zur Auflösung der Partei Mitte 1933 in führenden Positionen maßgeblich mit beeinflusste.

Seine quasi vorgezeichnete parteipolitische Verankerung verband Adenauer schon früh mit einer bewussten Hinwendung zu den maßgeblichen Kreisen des Kölner Großbürgertums und der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie und Hochfinanz, die in seiner Jahrzehntelangen engen Verbindung zum Kölner Großbankier Louis Hagen als seinem wichtigsten und einflussreichsten Fürsprecher ihren besonderen Ausdruck fand<sup>25</sup>. Adenauers Nähe zu diesen gesellschaftspolitischen Kräften war für ihn allerdings nie Selbstzweck, sondern Ausdruck seiner von der katholischen Soziallehre und seiner Vorstellung vom ‚rheinischen Kapitalismus‘ geprägten Überzeugung, dass nur eine prosperierende Wirtschaft das Wohlergehen breiter Bevölkerungsschichten gewährleisten kann.

Im Zusammenwirken seiner politischen, ökonomischen und sozio-kulturellen Prägungen verkörpert Adenauer damit im Übergang von der Monarchie zur Republik - und damit einhergehend von einer ständisch konstituierten Gesellschaftsordnung zur parlamentarischen Demokratie - nahezu idealtypisch das Selbstverständnis des post-adligen Bürgertums des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, das die gesellschaftspolitische Führungsrolle jetzt nachdrücklich für sich beansprucht, um die in seinem erfolgreichen emanzipatorischen Kampf gegen die Adelsherrschaft errungenen bürgerlichen Freiheiten und die darauf gründenden Privilegien gegen die als Bedrohung wahrgenommenen Ansprüche der sich nun ebenfalls emanzipierenden Arbeiterbewegung zu verteidigen. Aus dem damaligen bürgerlichen Verständnis heraus, dass gesellschaftliche Partizipation in erster Linie eine Erziehungsmaßnahme und deshalb ein Elitenprojekt sei, wurde dieser neuen, aufstrebenden gesellschaftlichen Klasse deshalb im

---

<sup>24</sup> Das genaue Beitrittsdatum ist nicht bekannt. Aus der autorisierten Biographie Weymars lässt sich aber ableiten, dass Adenauer schon bei seiner Wahl zum Beigeordneten 1906 Mitglied gewesen sein muss. Vgl. Schwarz, Adenauer, S. 138; Weymar, Konrad Adenauer, S. 47.

<sup>25</sup> Exemplarisch für diese enge persönliche Verbindung - und zugleich für das stille und informelle Zusammenwirken von Politik und Wirtschaft - ist ein Brief Hagens an Adenauer vom 25.8.1917 kurz vor dessen Wahl zum Bürgermeister, in dem es heißt: „Die große Angelegenheit steht gut, sehr gut... Es kann sich nur darum handeln, ob Sie 60 oder 58 Stimmen bekommen, ich vermuthe 60!“. Eine Abschrift des Briefes ist abgedruckt bei Wegener, Oberbürgermeister, S. 96.

unaufhaltsamen Prozess der Parlamentarisierung, Demokratisierung und Republikanisierung allenfalls eine lernende und dienende Rolle zugewiesen<sup>26</sup>.

Otto Braun und Konrad Adenauer hatten sich so in der ‚Abenddämmerung‘ der preußisch-deutschen Monarchie auf jeweils ganz eigene Weise beruflich und politisch stark profiliert und sich dadurch bereits in jungen Jahren für ‚höhere Aufgaben‘ in der heraufziehenden Republik empfohlen. Vermutlich und soweit bekannt waren sich Braun und Adenauer bis zum Untergang des Kaiserreichs noch nie persönlich begegnet, von nun an sollten sich ihre Lebenswege aber für nahezu vier Jahrzehnte auf eine ebenso spannungsreiche wie spannungsgeladene Weise kreuzen: Auf der einen Seite stand Konrad Adenauer, der in ein zwar nicht wohlhabendes, aber wohlsituertes bildungsbürgerliches Milieu hinein geboren worden war, das tief im rheinisch-deutschen Westen, dessen römisch-antiker Traditionsbinding und einem darauf gründenden fundamentalen Katholizismus verankert war. Diese Grundprägungen, die ihm auf der einen Seite ein hohes Maß an Aufstiegs- und Verantwortungsgesinnung vermittelten, andererseits aber auch einen ‚natürlichen‘ Macht- und Führungsanspruch, bildeten einen nahezu unüberbrückbaren Gegensatz zum protestantischen, ostelbischen Preußentum, dessen durch die im Ergebnis der Verhandlungen des Wiener Kongresses im Jahre 1815 errungene Herrschaft über den deutschen Westen von seinen nunmehr ‚kongress-preußischen‘ Untertanen als ebenso geschichtswidrig wie wesensfremd abgelehnt und deshalb - auch mangels eines eigenen dynastischen Gegengewichts - nur widerwillig ertragen wurde. Zugleich verkörpert Adenauer auch die föderalistische Tradition des Altreiches, die einer nahezu unbegrenzten Souveränität der territorialen Herrschaft das weitaus höhere Gewicht gegenüber jeder Form zentraler kaiserlicher Gewalt beimaß, die allenfalls als symbolische und zeremonielle Klammer der Reichseinheit angesehen und akzeptiert wurde. Politisch ein Mann der katholischen Zentrumspartei, stand Adenauer der - vorgeblich unpolitischen und nur vernunftgeleiteten - ständischen Konstituierung der vorparlamentarischen Gesellschaft des Kaiserreichs sehr viel näher als der am politischen Horizont heraufziehenden und vermeintlich nur von unsachgemäßen partikularen Parteiinteressen geleiteten ‚reinen‘ Parlaments-

---

<sup>26</sup> Vgl. Hedwig Richter, Demokratie ist Übungssache, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 15. Februar 2017, S. N3, Geisteswissenschaften.

herrschaft. Diese Haltung verband sich bei Adenauer mit einer sein gesamtes politisches Leben durchziehenden besonderen Nähe zur vornehmlich rheinisch-westfälischen Schwerindustrie und Hochfinanz, er verstand es aber auch zugleich, deren spezifische Interessen mit den Notwendigkeiten und Erfordernissen einer sozialstaatlichen Entwicklung der Gesellschaft in Einklang zu bringen.

Otto Braun auf der anderen Seite wuchs in einem kleinstbürgerlichen familiären Umfeld auf, das gleichwohl - in den schichtenspezifischen Grenzen jener Zeit - bereits sozial aufstiegsorientiert war. Ohne besondere Verwurzelung im christlichen Glauben, dafür aber umso mehr geprägt vom ostelbischen Preußentum und dessen tiefen gesellschaftlichen Verwerfungen zwischen den Privilegien der landadeligen Junkerherrschaft und den existentiellen Nöten des Landarbeiterproletariats engagierte sich Braun bereits als Jugendlicher in der Sozialdemokratischen Partei, deren Mitglieder zu dieser Zeit noch den Verfolgungen und Verfemungen durch die Sozialistengesetze ausgesetzt waren. Gleichwohl wurde das gesellschaftspolitisch zwar reaktionäre, staatsorganisatorisch aber höchst effiziente Preußen des ausgehenden 19. Jahrhunderts für Braun zur Projektionsfläche für die Schaffung eines politisch und wirtschaftlich starken, aber in Zukunft nach westlichem Vorbild rein parlamentarisch-demokratisch zu konstituierenden Staates. Eine derartig tiefgreifende gesellschaftspolitische Umwälzung war für ihn zugleich Voraussetzung und Garant für die Herausbildung und Akzeptanz eines modernen, auf politische und wirtschaftliche Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen ebenso wie auf soziale Gerechtigkeit ausgerichteten konsensualen Staatsmodells. Dessen Realisierung konnte er sich nur „großdimensional“ als ein politisch-ökonomisch starkes Preußen in dessen historisch gewachsenen Grenzen vorstellen. Sein Widerstand gegen die obrigkeitstaatliche Ordnung des „alten Preußen“ und dessen unhaltbare soziale Verwerfungen ließen Braun auf diese Weise zu einem „Gesinnungstäter“ im Kampf für ein „neues Preußen“ werden, das sich seiner ursprünglichen Tugenden bewusst bleibt, sich aber den gesellschaftspolitischen Herausforderungen des 20. Jahrhunderts stellt und dadurch zum Vorbild für den künftig zu schaffenden deutschen Einheitsstaat werden sollte.

So trafen in der Umbruchphase von der monarchisch-dynastischen zur parlamentarisch-demokratischen Ordnung in Preußen und im Reich mit Braun und Adenauer

zwei Persönlichkeiten aufeinander, deren Einstellungen zu den Bedrohungen und Herausforderungen der ‚neuen Zeit‘ kraft ihrer Herkunft und ihres Werdegangs durch gänzlich unterschiedliche gesellschafts- und staatspolitische Überzeugungen (vor-)bestimmt waren: von einem stark voneinander abweichenden Zugehörigkeitsgefühl zum künftigen Freistaat Preußen im Spannungsfeld von Föderalismus und Unitarismus ebenso wie zu der Frage, wie die parlamentarisch-demokratische Ordnung in der Republik konkret ausgestaltet werden soll.